

Vorab-Auszug aus der Niederschrift der Ratssitzung vom 20.09.2007
- öffentlicher Teil -

21.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 28.08.2007 eine Resolution zum Kinderbildungsgesetz (KiBiz) NRW zu verabschieden

Frau Beisenherz-Galas erläutert den Antrag (siehe Anlage), der mittlerweile zu einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, KIDinitiative und BfBB geworden sei.

Herr Gerhards erläutert den Änderungsantrag der FDP-Fraktion (siehe Anlage). Die FDP-Fraktion würde sich auch einer Überweisung in die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses anschließen.

Frau Schöttler-Fuchs und Frau Alef kritisieren den Vorschlag der Verwaltung. Es sei nicht sinnvoll, über den Antrag im Jugendhilfeausschuss im November zu diskutieren, wenn möglicherweise die Beratungen im Landtag bereits abgeschlossen seien. Frau Schöttler-Fuchs regt eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses an, um die Resolution rechtzeitig verabschieden zu können.

Herr Dr. Kassner und Herr Mönkes erläutern, dass der Rat den Antrag - wie üblich - ohne Aussprache an den zuständigen Fachausschuss überweisen solle. Herr Mönkes führt aus, dass das KiBiz dem Landtag bisher lediglich als Gesetzesentwurf vorliege und völlig ergebnisoffen diskutiert werde. Er verliest kritisch einen Auszug aus einem im Internet veröffentlichten Protokoll des „Forums Förderung von Kindern“. Die Besprechung habe am Donnerstag, dem 16.08.2007 im ver.di-Besirksverband Dortmund stattgefunden: „Herr S. berichtet, dass nach einer viertägigen Kampagnenplanung des ver.di-Bezirks Dortmund, die - mit Unterstützung eines Beratungsunternehmens durchgeführt - am Vortag abgeschlossen werden konnte, einerseits deutlich wurde, dass nicht mehr auf die Sachargumente abgestellt werden soll, sondern emotionale Eskalation stattfinden müsse. Im Rahmen der Kampagne sollen alle Politikerinnen und Politiker der Regierungskoalition bei persönlichen und dienstlichen Anlässen permanent und penetrant angesprochen und aufgefordert werden, dem Regierungsentwurf nicht zuzustimmen. Dieser wird grundsätzlich abgelehnt. Es wird davon ausgegangen, dass der Höhepunkt der Aktion zum Zeitpunkt der Beschlussfassung am 25.10.2007 liegt, dass jedoch ein Tätigbleiben über diesen Zeitpunkt hinaus erforderlich sein wird. Durch die Vielzahl und die Variation von Aktionen sollen Unsicherheiten verbreitet werden.“

Herr Orth erläutert, dass die Geschäftsordnung eine Überweisung ohne Aussprache an den zuständigen Fachausschuss vorsehe. Es könne jedoch ein entsprechender Antrag gestellt werden, dass der Rat die Entscheidung an sich ziehen solle.

Herr Waldschmidt führt aus, dass die SPD-Fraktion den Vorschlag der Verwaltung, den Antrag im Jugendhilfeausschuss zu behandeln, unterstützen werde. Er beantragt eine „Sondersitzung“ des Jugendhilfeausschusses bzw. ein Vorziehen der Sitzung im November.

Herr Lang beantragt zur Geschäftsordnung, der Rat möge die Beratungen an sich zie-

hen und sich heute mit den Anträgen zu einer Resolution zum KiBiz befassen.

Herr Orth erläutert, dass sich aus einer möglichen Ablehnung dieses Antrages zur Geschäftsordnung ergeben würde, dass der gemeinsame Antrag an den Jugendhilfeausschuss überwiesen werden solle.

Für den Antrag zur Geschäftsordnung von Herrn Lang stimmen die Fraktion KIDitative und die BfBB-Fraktion. Mit Gegenstimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion wird der Antrag bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich abgelehnt.

Für die Richtigkeit



Christian Ruhe
Schriftführung
04.10.2007